

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

26.1.1928 (No. 22)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Kaiserstraße
Nr. 14
Verantwortl.
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Eberhard
C. Amend,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM. einsch. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstag 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kasierabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antizip. Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Kaiserstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abgabe von Anzeigen, die in mehreren Hefen erscheinen, fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Nachdruck, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Abonnent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Vergütung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: und es wird keinerlei Vergütung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Die Hilfsaktion für die Landwirtschaft

Beschlüsse des Haushaltsausschusses des Reichstags
B.D. Berlin, 26. Jan. (Tel.) Der Haushaltsausschuß des Reichstags lehnte in der Einzelberatung des Landwirtschaftsausschusses eine Reihe von Anträgen der Oppositionsparteien ab. Angenommen wurden dagegen die von den Regierungsparteien in den interfraktionellen Besprechungen formulierten Entschlüsse.

Die erste fordert die Gewährung von zweiten Hypotheken zwecks Umschuldung schwebender Schulden an Landwirte, die in der rationalen Fortführung der Betriebe bedroht sind. Zu diesem Zweck sollen territoriale Kreditinstitute alsbald Vorschüsse von zusammen 100 Millionen erhalten. Nach Bedarf sollen weitere Vorschüsse durch Vergebung von Staatsanleihen beschafft werden. Durch Verhandlungen mit den territorialen Kreditinstituten sollen diese zur Aufnahme von Anleihen bereitgestellt werden, die ihnen die Gewährung weiterer Hypotheken ermöglichen. Auch die Kreditlage der Hypothekenschuldner soll durch diese Kredite erleichtert werden. Für den Kleinbesitz sollen nicht zweite Hypotheken, sondern andere langfristige Kreditformen gewählt werden. Bei der Vergebung der Kredite sollen Gutachter der landwirtschaftlichen Selbstverwaltung und der Kreditinstitute mitwirken.

Die zweite Entschließung fordert, daß die durch die Preußenkasse gegebenen Reichskredite erst nach der kommenden Ernte und in Raten bis März 1929 zurückverlangt werden, die dritte verlangt, daß den Landwirten die Preußenkasse durch das Reich so lange belassen werden, daß sie aus den Ernterträgen zurückgezahlt werden können. Nach der vierten Entschließung sind die Landesfinanzämter anzuweisen, daß die durch Anordnung vom 1. Aug. 1927 vorgenommene Erhöhung der Abgaben zur Einkommen- und Umsatzsteuer für nicht-baurechtliche Landwirte ohne besonderen Rücksicht zu machen ist, wo eine Erhöhung der Einnahmen aus dem Verkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse gegenüber dem vorhergehenden Steuerjahr nicht eingetreten ist. Dabei soll insbesondere bei bäuerlichen Betrieben eine etwaige Entlastung von Lohnarbeitern und deren Erhebung durch Familienangehörige berücksichtigt werden. Nach der fünften Entschließung sind die Landesfinanzämter anzuweisen, daß sie Anträge auf den Erlass von Zinsen für Steuerrückständen Rechnung tragen. Nach der sechsten Entschließung soll sich die Reichsregierung einen gebührenden Einfluß bei der Verteilung und Verwendung der Mittel sichern.

In der siebenten Entschließung wird die Reichsregierung um Vorlegung einer Denkschrift über die wirtschaftliche und soziale Lage der Landarbeiter und über die Belastung der Landwirtschaft durch die sozialen Einrichtungen ersucht. Angenommen wurde ferner ein deutschnationaler Antrag, daß die Preise für die künstlichen Düngemittel tunlichst bis auf weiteres in ein angemessenes Verhältnis zur Kaufkraft der ländlichen Bevölkerung gebracht werden.

Innerhalb der Regierung und der ihr nahestehenden parlamentarischen Kreise ist die Frage erörtert worden, wie diese Kreditbewilligung auf den Reparationsagenten wirken wird. Man wird infolgedessen mit ihm in Fühlung treten.

Fertigstellung des Kutisker-Urteils

B.D. Berlin, 26. Jan. (Tel.) Das mit der Durchführung des zweiten Kutiskerurteils betraute Gericht hat jetzt, nachdem der vielgenannte Angeklagte, Iwan Kutisker, im Herbst vorigen Jahres während des Prozesses gestorben ist, das Urteil gegen ihn fertiggestellt, das nicht weniger als 500 Druckseiten umfasst. Das Gericht würdigt in diesem Urteil sehr ausführlich die zweite Beweisaufnahme und kommt zu dem Schluss, daß Kutisker wesentlich milder bestraft worden wäre und das Gericht nur auf Gefängnisstrafe erkannt hätte, wenn der Hauptangeklagte das Urteil erlitten haben würde. Das Gericht erlitt einen sehr erheblichen Widerstand in dem Verhalten der früheren Staatsanwaltschaften Müller und Hellwig, die es Kutisker nur allzu leicht gemacht hätten, seine Schwimdbreite auszunutzen. Beide Beamte der Staatsbank hätten es an der in ihrem Amte unerlässlichen Sorgfalt fehlen lassen und so sei auch durch ihr Verschulden die Schuld des Angeklagten immer größer geworden. Auch die übrigen Angeklagten sind in dem zweiten Urteil besser fortgekommen. So wurde der angeklagte Kaufmann Grieger, der frühere Direktor der Mechanischen Treibriemenfabrik in Tempelhof, gänzlich freigesprochen, während der älteste Sohn Kutiskers, Alexander Kutisker, anstatt 6 Monaten 3 Monate Gefängnis erhielt. Gegen dieses Urteil hat Alexander Kutisker Revision eingelegt, so daß nunmehr auch das Reichsgericht als dritte Instanz sich mit dem Fall des verstorbenen Kutisker wird befassen müssen.

Das Reichskabinett beschäftigte sich am Mittwoch laut „D. A. Ztg.“ nicht nur mit dem Problem der landwirtschaftlichen Nothilfe, sondern auch mit Fragen der Außenpolitik, insbesondere Völkerbundfragen, und ferner mit der Vorbereitung der Einsetzung des von der Länderkonferenz in Aussicht genommenen 18köpfigen Verfassungsausschusses für die Reichsreform. Als letzter Punkt stand auf der Tagesordnung das Liquidationsverfahren des Reichsgerichts, zu dem die Regierungsparteien neue Vorschläge angelegt haben.

Verlegung der Oberpostdirektion Darmstadt? Wie der „Deutsche Volksfreund“ aus zuverlässiger Quelle erfährt, soll das Reichspostministerium endgültig beschlossen haben, die Oberpostdirektion Darmstadt zu verlegen. Sie soll ihren Sitz zukünftig entweder in Frankfurt a. M. oder Karlsruhe haben.

Letzte Nachrichten

Die Abänderung des Reichswahlgesetzes

M. Berlin, 26. Jan. (Priv.-Tel.) Am heutigen Nachmittag finden im Reichstag weitere Verhandlungen zwischen den Regierungsparteien in enger Fühlungnahme mit Demokraten und Sozialdemokraten über die Abänderung des Wahlgesetzes statt. Der Gedanke, die Wahlsätze, die bisher das Reich bezogte, wieder den Parteien zuzuschreiben, kann als abgelehnt gelten. Auch gegen eine Erhöhung der Unterschriftenzahl machen sich starke Bedenken bemerkbar. Dagegen dürfte als Voraussetzung für die Nominierung von Kandidaten eine erhebliche Kautionsforderung werden.

Die 26%ige Reparationsabgabe

M. Berlin, 26. Jan. (Priv.-Tel.) Gestern fanden in Paris auf dem Quai d'Orsay Verhandlungen über die Abänderung der 26prozentigen Reparationsabgabe auf deutsche nach Frankreich eingeführte Waren statt. Drei französischen Sachverständigen standen ebensoviel deutsche gegenüber. Ferner wurde auch der Reichsvertreter bei der Reparationskommission zugezogen. Die Verhandlungen werden fortgesetzt.

Die amerikanische Handelsbilanz

M. Berlin, 26. Jan. (Priv.-Tel.) Das amerikanische Außenhandelsamt gibt, wie aus New York gemeldet wird, bekannt, daß in den 11 Monaten des Jahres 1927 (ohne Dezember) die Ausfuhr einen Wert von 4457 Millionen Dollar, die Einfuhr einen solchen von nur 3852 Millionen Dollar hatte. Die amerikanische Handelsbilanz weist somit vorläufig einen Ausfuhrüberschuß von 600 Millionen Dollar auf, eine Summe, die gerade der Höchstsumme der von Deutschland nach dem Dawesplan vom Herbst ab zu zahlenden Jahresleistung entspricht.

Woldemaras in Berlin

Reichsaußenminister Dr. Stresemann hat Mittwoch nachmittag den litauischen Ministerpräsidenten Woldemaras zu einer Unterredung empfangen, die über zwei Stunden dauerte. Die Besprechungen werden während der nächsten Tage fortgesetzt.

Woldemaras schreibt in der „D. Z.“ über die deutsch-litauischen Beziehungen: Das wichtigste Problem für Litauen ist nach der Wilna-Frage gewiß die deutsche Frage. Wir sind uns der Notwendigkeit bewußt, unseren deutschen Staatsbürgern im Rahmen der Verfassung in jeder Weise entgegenzukommen. Die litauische Regierung weiß sich frei von jeder Feindseligkeit gegen die deutsche Minderheit (?). Ich verstehe, daß wir in Zukunft Übergänge einziger Stellen gegen das Deutsche in Litauen noch weniger dulden werden als bisher. Ich selbst werde mich wegen jeder einzelnen Klage, die mir zu Gehör kommt, mit dem Gouverneur in Verbindung setzen. Persönlich übernehme ich die Verantwortung dafür, daß unsere deutschen Staatsbürger keinen Grund mehr zu Klagen haben werden. Wie sehr die litauische Regierung die deutsche Kultur zu schätzen weiß, hat sie durch Errichtung und Erhaltung eines deutschen Gymnasiums in Kaunas bewiesen. Darüber hinaus wünschen wir aufrichtige politische Zusammenarbeit mit dem Deutschen Reich.

Vitauische Zusicherungen und Beteuerungen sind nach den gemachten Erfahrungen mit größter Vorsicht aufzunehmen. Litauen hat sich bisher bei keiner Gelegenheit als verlässlich erwiesen. Mit Recht schreibt die „Deutsche Allg. Ztg.“, daß darauf hinzuweisen, daß die Vitauer nun 6 Jahre in Memel sitzen: Wenn es Litauen wirklich aufrichtig darum zu tun ist, sich mit Deutschland zu verständigen, und in Freundschaft zu leben, dann muß das nicht allein mit Worten gesagt, sondern auch durch die Tat bewiesen werden. Die Brücke von Deutschland nach Litauen führt über das Remelegebiet. Dies hat der litauische Ministerpräsident so schön gesagt. Dann darf er das Remelegebiet aber auch nicht so behandeln lassen, daß es zu einer Scheidewand werden muß. Bei den bevorstehenden Verhandlungen wird es sich auch wieder zeigen, ob die litauische Freundschaft Deutschland gegenüber echt ist.

M. Berlin, 26. Jan. (Priv.-Tel.) Zu den Verhandlungen über den deutsch-litauischen Handelsvertrag erfahren wir, daß man mit einer zwei- bis dreitägigen Dauer rechnet. Vorläufig haben die Verhandlungen der Sachvertrater eingeleitet. Eine Besprechung zwischen Woldemaras und Stresemann ist noch nicht in Aussicht genommen. Über die Einzelheiten wird vorläufig nichts bekannt gegeben, sondern erst nach dem Abschluß der Verhandlungen ein kurzes Communiqué veröffentlicht werden.

Die französischen Gewerkschaften und die Wahlen

B.D. Paris, 26. Jan. (Tel.) Der Verwaltungsausschuß des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes (CGT) hat gestern im Gegensatz zu den Gewerkschaften Moskauler Richtung beschlossen, daß während der Wahlperiode kein Gewerkschaftssekretär das Wort ergreifen soll, außer in rein gewerkschaftlichen Versammlungen. Dadurch ist die Neutralität des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes gegenüber allen politischen Parteien proklamiert worden.

Staatspräsident Remmele über Einheitsstaat und Länderkonferenz

Am vorigen Montag hat der bayerische Ministerpräsident Dr. Selb den Vertretern der Münchener Presse seine Ansichten über die Berliner sog. Länderkonferenz mitgeteilt. (Wir haben unseren Lesern am Dienstag davon Kenntnis gegeben.) Da ist es nun interessant, die gleiche Frage in der Auffassung des badischen Staatspräsidenten Dr. Remmele behandelt zu sehen. Er sprach darüber am Sonntag vormittag in einer Funktionärsversammlung der Sozialdemokratischen Partei in Karlsruhe. Staatspräsident Dr. Remmele führte dort aus:

Nun stehen wir mitten in der theoretischen Auseinandersetzung über den Einheitsstaat. Bei meinem Vortrag vor Ihnen am 7. Dezember letzten Jahres schloß ich mit dem Bekenntnis zu einer Zwischenlösung: Preußen solle seinen Provinzen höhere Autonomie geben. Die dann noch verbleibenden Regierungsgeschäfte des Staatsverbandes Preußen könnten womöglich von einer Reichsregierung übernommen werden, in welcher sich neben anderen ebenfalls von Preußen gestellte Minister befinden. Im alten Reich bestand ja auch ein Dualismus zwischen dem Reich und Preußen, der durch eine Personalunion in der Regierung behoben wurde. Souveränität und Verwaltungszuständigkeiten der süddeutschen Länder seien entsprechend der Entwicklung der Reichsregulativ zu bereinigen, wodurch sich eine Annäherung der Hoheits- und Verwaltungszuständigkeit mit den norddeutschen Ländern ergebe. Ein regionaler Aufbau des anzustrebenden Einheitsstaates schwebte mir dabei vor und meine Auffassung, daß wir es somit vor allen Dingen mit einem preussischen Problem zu tun haben, hat sich in den letzten Wochen nur noch vertieft. Die totale Verschlingung Preußens und die Auflösung dieses Landes in völlig selbständige Länder birgt eine große Gefahr in sich; auch schafft sie die Gefahr der Ausfaltung des Einflusses der Sozialdemokratie auf die Verwaltung Preußens, wie überhaupt auf die Verwaltung der Länder. Reichstagsabgeordneter Erich Koch, der Führer der Demokratischen Partei, durch den Reichstagsabgeordneten wohl der ausgesprochenste Unitarier, sagt hierüber in seinem neuen Buch „Einheitsstaat und Selbstverwaltung“, der Bestand Preußens wirkt unitarisch und seine Auflösung zentrifugal. 1919 habe die Verschlingung Preußens zur Erörterung gestanden. Mittlerweile müsse man zugeben, daß es damals, wie die Geschichte aufweist, ein Fehler war, diese Forderung zu stellen. Es sei ein Glück gewesen, daß die Deutsche Republik in diesen Jahren ein kraftvolles Preußen gehabt habe. Auch für die nächste Zukunft steht es so, daß die Sozialdemokratische Partei nur zeitweise der Reichsregierung angehört. Ich wies dann noch in meinem Vortrag darauf hin, es sei eine Forderung unserer Zeit, daß die plan- und sinnlose Entwicklung zum bürokratischen Zentralstaat Deutschland, in welcher wir uns zurzeit befinden, abgedrosselt wird.

Ein parteigenössischer Freund schrieb mir im Anschluß an meinen ersten Vortrag, „die bisherige Gliederung des Reiches sei ein Produkt der preussischen Gewaltpolitik von ehemals. Diese Gewaltpolitik sei auf halbem Wege stehen geblieben. Wäre diese ganz durchgeführt worden, so würden die Schwierigkeiten jetzt leichter zu überwinden sein. So wie die Dinge heute liegen, ist Deutschland krank an Preußen, und Preußen krank an seinen Eroberungen von 1864/66. Ohne diese Eroberungen würde der Zusammenschluß der mittel- und norddeutschen Kleinstaaten des Reiches viel leichter sein. Jeder Weg über Preußen zum Reich ist ungangbar. Wir brauchen eine Gliederung des Reiches in einer geringen Anzahl von Stammestaaten, die möglichst zugleich Wirtschaftsprövinzen sein müssen und eine scharfe Teilung der Kompetenzen zwischen Reich und Gliedstaaten.“

Die Literatur der jüngsten Wochen über dieses Problem weist immer wieder auf dessen Kompliziertheit hin. In der Ablehnung des bürokratischen Zentralismus des Reiches herrscht Einmütigkeit; auch in der Zurückweisung des in Bayern bodenständigen Partikularismus. Keine Klärung der Meinung aber besteht in der Frage, ob das unitarische Reich überhaupt zuwege gebracht werden soll. Hierin geht der Riß durch alle Parteien. Hüper-Wilhelm will ein dezentralisiertes Preußen als Reichsland und die süddeutschen Staaten bis auf weiteres in ihrer alten Form erhalten. Also eine neue Mainlinie, ähnlich wie zur Zeit des norddeutschen Zollvereins. Ministerialdirektor Dr. Ritter möchte die Stadt Berlin reichsunmittelbar erklärt haben. In Frankfurt a. M. spielen politische Kreise mit dem Gedanken, Nassau, Hessen und Niederrhein bis gegen Bruchsal hin zu einem Süddeutschland mit der Hauptstadt Frankfurt zu vereinigen. Wer schon so weit ist in seinen Gedanken mit der Einteilung der neuen Reichslande, der muß natürlich den Ausgang der Länderkonferenz als eine große Rente bezeichnen. Anders denkt, wer die föderalistischen und die unitarischen Kräfte richtig einzuschätzen weiß und wer die Neuordnung der Dinge auf dem verfassungsmäßigen Boden vollzogen wissen will.

Die Konferenz der Länderregierungen

war auf Anregung unitarischer orientierter Länderminister einberufen worden, welche sich von ihr eine Verfindung über die Neuverteilung der Kompetenzen für Reich und Länder erhofften. Wie Ministerpräsident Braun auf der Konferenz zum Ausdruck brachte, ist man bei der neuen Reichsverfassung auf der Treppe, die zum Einheitsstaat führt, hinaufgestiegen; jetzt sitze man mitten auf derselben ohne zu wissen, was nun weiter werden soll. Die Föderalisten wollten die Stiege wieder hinunter, die Unitarier dieselbe ganz hinauf. Der Umstand, daß die Reichsregierung zur Besprechung dieser Materie die Konferenz einberief, daß sie neben Föderalisten auch Unitarier zu Referenten bestellte, daß sie

Kurze Nachrichten aus Baden

Dr. Heibelberg, 26. Jan. Der allgemeine Studentenausschuss hat gestern auf Antrag der großdeutschen Studentengemeinschaft mit Stimmenmehrheit die Erklärung abgegeben, daß die Heidelberger Studentenschaft sich nach Änderung des Ausländerparagrafen ihrer Verfassung und nach Aufforderung des Vorstandes der deutschen Studentenschaft wieder als Mitglied der deutschen Studentenschaft betrachte. Die Vertreter der freien Hochschulgruppe, der Görresgruppe der Sozialdemokratie erhoben hiergegen Einspruch beim Rektor der Universität mit der Begründung, daß der Beschluß verfassungswidrig sei, weil für ihn die Zweidrittelmehrheit nötig wäre.

Dr. Erbach (Amt Mosbach), 26. Jan. Ein seit 1915 vermählter Sohn der Familie Schott ist am vergangenen Sonntag glücklich aus Rußland zurückgekehrt. Er war 13 Jahre in russischer Gefangenschaft.

Dr. Buggingen, 23. Jan. Das Kalkwerk Buggingen kann in seinen oberirdischen Anlagen nunmehr als ziemlich ausgebaut gelten. Von den beiden Feldern ist das eine „Baden“, ebenfalls fertig, der Ausbau des zweiten Feldes „Markgräfer“, dürfte in einem Vierteljahr soweit sein. Dann kann der Vollbetrieb des Werkes aufgenommen werden.

Dr. Klein-Laufenburg, 24. Jan. In diesem Jahre kann das Kraftwerk Kleinlaufenburg auf sein 20jähriges Bestehen zurückblicken. Das Aktienkapital bestand bei der Gründung aus 18 Millionen M. Interessant ist zu erfahren, daß der ermordete Minister Walter Rathenau dem Gründer-Verwaltungsrat angehörte.

Dr. Bierbrunnen (Amt Baldsbühl), 23. Jan. Bürgermeister Ebner kann dieser Tage auf eine 25jährige Tätigkeit als Bürgermeister der Gemeinden Bierbrunnen-Heubach-Mohr zurückblicken.

Dr. Radolfzell, 25. Jan. Einer der bekanntesten badischen Großindustriellen, der Generaldirektor der Pumpenfabrik G. Allweiler A.-G. hier, Karl Wolf sen., feiert am Samstag, den 28. v. Mts., seinen 70. Geburtstag. Er trat im Jahre 1872 als Schlosserlehrling in den damals noch ganz kleinen handwerksmäßigen Betrieb ein, war dann mehrere Jahre als Schlossergehilfe auswärts tätig, und rückte nach seinem Wiedereintritt in die Firma, die ihren Betrieb inzwischen nach Radolfzell verlegt hatte, sehr rasch zum Leiter und Mitinhaber der Firma vor, die ihren glänzenden Aufstieg zu einer Weltfirma zu einem großen Teil seiner Tüchtigkeit zu verdanken hat. Der Betrieb beschäftigt heute zirka 600 Arbeiter und Angestellte. Generaldirektor Wolf ist Ehrenbürger unserer Stadt.

Verschiedenes

Ein 50 000 Dollarangebot abgelehnt

WTB. New York, 26. Jan. (Tel.) Von zuktändiger Seite wird gemeldet, daß ein Zusammentreffen zwischen Dr. Pelzer und Lloyd Gahn für den 10. Februar gesichert ist. Zweifel bestehen nur noch über die Länge der Rede, und zwar kommt ein Lauf über 800 oder über 1000 Yards in Betracht. Die amerikanischen Zeitungen nehmen an dem bevorstehenden Wettlauf Dr. Pelzers lebhaftes Interesse. So beschreibt die „Tribune“ in einem Leitartikel ausführlich die gesamte leichtathletische Entwicklung Dr. Pelzers. Zum Schluß hebt sie ganz besonders die Tatsache hervor, daß Dr. Pelzer das Angebot eines Unternehmers, der ihm 50 000 Dollars für einen Start anbot, ablehnte.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	26. Jan.		25. Jan.	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	169.06	169.40	169.01	169.35
Kopenhagen 100 Kr.	112.25	112.47	112.25	112.47
Italien . . . 100 L.	22.195	22.235	22.19	23.00
London . . . 1 Pfd.	20.43	20.47	20.424	20.464
New York . . . 1 D.	4.1910	4.1990	4.1900	4.1980
Paris . . . 100 Fr.	16.47	16.51	16.465	16.505
Schweiz . . . 100 Fr.	80.705	80.865	80.72	80.88
Wien 100 S.	59.08	59.20	59.075	59.195
Prag . . . 100 Kr.	12.422	12.442	12.421	12.441

Ein französischer Staatskommissar für die Frankfurter Frühjahrsmesse. Die französische Regierung beteiligt sich offiziell an der Frankfurter Frühjahrsmesse. Vom französischen Ministerium für Handel und Industrie ist nunmehr ein Organisationskomitee dafür gebildet und als Präsident dieses Komitees Herr A. Bertrand-Taqueot ernannt worden. Er wird als Staatskommissar alle Vorarbeiten der französischen Industrie und des Handels für die Frühjahrsmesse leiten.

Die alljährliche Ostpreußenschau und Auktion der Landwirtschaftskammer Ostpreußen findet diesmal wieder im Zirkus Busch in Berlin statt, mit folgender Zeitfolge: Sonntag, 29. Januar, vorm. 10 Uhr: Interessentenvorschau, Dienstag, 31. Januar, vorm.: Prämierung, nachm. 3 Uhr: offizielle Vorführung, Mittwoch, 1. Februar: Auktion. Abends, den 28.-31. Januar werden abteilungsweise die edlen Pferde auch innerhalb des Zirkusprogramms vorgeführt, wofür die

Direktion in entgegenkommender Weise den Inhabern von Dauerkarten zur Ostpreußenschau eine Preisermäßigung von 50 Proz. auf Parkett- und Logenplatz eingeräumt hat.

Staatsanzeiger

Heilfürsorge für die Polizei. Es besteht Veranlassung darauf hinzuweisen, daß sich der Anspruch auf freie ärztliche Behandlung der Familienangehörigen der auf Zeit angestellten Polizei, sowie der Familienangehörigen derjenigen lebenslanglich angestellten Polizeibeamten, denen auf Grund der vorläufigen Übergangsbestimmungen zum Polizeibeamtengesetz (Erlaß vom 3. September 1927 Nr. 98 254 — Gendarmereiverordnungsblatt Seite 71 ff.) Heilbehandlung nach den für die auf Zeit angestellte Polizei maßgebenden Bestimmungen gewährt wird, nur auf diejenigen Arztkosten erstreckt, die durch die kassenärztlichen Berechnungsstellen berechnet werden.

Die bei Aufnahme in eine Privatklinik oder in ein Krankenhaus entstehenden Arztkosten können auf Antrag in Höhe der Kassenätze nur dann auf die Staatskasse übernommen werden, wenn der behandelnde Arzt auf Grund eines Vertrags mit dem betr. Krankenhaus berechtigt ist, Privatrechnung zu stellen.

Karlsruhe, den 23. Januar 1928.
Der Minister des Innern:
J. A. Dr. Bard.

Dem Verein zur Erhaltung kirchlicher Baudenkmale in Eßlingen wurde die Erlaubnis zum Losvertrieb in Baden erteilt.

Karlsruhe, den 21. Januar 1928.
Der Minister des Innern:
J. B. Föhrenbach

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zuruheetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Ernannt:
Zum Gendarmereikommissar Gendarmereioberwachmeister August Meger in Redarbischofsheim, Amt Sinsheim.

Gestorben:
Oberlehrer Josef Hellstern in Murg, Amt Säckingen.
Kanzleiasistent Franz Gurr.

Bund für Deutsche Familie und Volkstraft

Im großen Saal der städtischen Festhalle
Mittwoch, den 1. Februar 1928, abends 8 1/2 Uhr

Öffentliche Kundgebung für Familie und Ehe

Es sprechen:
Herr Dr. med. S. Wichern, Bielefeld;
Frau Prufenberg-Gonz, Kreuznach, Vorstandsmitglied des Evang. sozialen Kongresses;
Herr Prälat Dr. Preuss, Freiburg, Präsident des Deutschen Caritasverbandes.

An der Orgel: Herr Stadelhofer, Meisterschüler des Badischen Konservatoriums.
Von 30. Januar ab Eintrittskarten zu 30, 50, 80 Pf., 1 und 2 Mk. einschl. Einlagegeld 79
Buchhandlung Kuntz, Kaiserstraße; Herder, Erbprinzenstraße; Evang. Schriftenvertrieb, Kreuzstraße; Danzeisen & Merkle, Ludwig-Wilhelm-Straße; Bahner, Melkenstraße
Außerdem am 1. Februar an der Abendkasse Festhalle, Westseite

Mitte Februar erscheint:
Handbuch
für die
Gendamerie und Polizei Badens
Herausgegeben
mit Ermächtigung des Ministeriums des Innern
von
HERMANN JUNG
Regierungsrat im Badischen Ministerium des Innern
etwa 240 Seiten 5 Mk.
Bei Vorausbestellungen wird ein Vorzugspreis eingeräumt
Das in Ganzleinen gebundene Handbuch gibt in alphabetisch geordnetem Stichwortverzeichnis alle die Vorschriften und Bestimmungen und deren Quellen, die der Polizei- und Gendameriebeamte als Sicherheitsbeamter und als Hilfsbeamter der Staatsanwaltschaft in Baden kennen muß, und deren Wissen ihm im Dienst jeden Augenblick nötig werden kann. Es bildet als Lehr- und Nachschlagebuch für die Handhabung des täglichen Dienstes der Sicherheitsbeamten ein leichtändliches und erschöpfendes, die Richtlinien seines dienstlichen Handelns bezeichnendes Auskunftsmittel. Auch für die Bürgermeister der kleineren Gemeinden, denen die Ausübung der gemeindlichen Ortspolizei übertragen ist, wird die Arbeit des bekannten Referenten im Bad. Innenministerium (Verfassers der bekannten Erläuterungen zur Dienstweisung für die Gemeindepolizei) ein unentbehrliches Hilfsmittel sein.
VERLAG G. BRAUN, KARLSRUHE
Bitte ausschneiden und einschieken
Unterzeichneter bestellt unmittelbar vom Verlag G. Braun in Karlsruhe
Ex. Jung: Gendamerie - Polizei - Handbuch (5.24) zum Vorzugspreis von 4,40 Mk.
Name: _____
Ort: _____
Straße: _____

- sicher Personen, sowie der Gebrauch von Federweiden wird als grober Unfug bestraft.
3. Das Einsammeln von Geld durch umherziehende Musikanten und maskierte Personen wird als Bettel bestraft.
4. Das Behängen der Quer- und Stromleitungsdrähte der elektrischen Straßenbahn mit Papierschlängen und dgl. ist verboten.
5. Die Verübung ruhestörender Lärms mit Trompeten, Schalmeyen und ähnlichen Instrumenten am Fastnacht-Sonntag in der Umgebung von Kirchen während der Abhaltung von Gottesdiensten ist strafbar.
6. Das Mitführen lebender Tiere durch einzelne Masken bei Faschingsveranstaltungen in geschlossenen Räumen und auf öffentlichen Straßen und Plätzen ist verboten.
Zu widerstandlichen gegen die vorstehende Anordnung werden nach den einschlägigen Bestimmungen des Reichsstrafgesetzbuches, Polizeistrafgesetzbuches und der Straßenpolizeiordnung bestraft.
M. 402
Karlsruhe, den 19. Januar 1928.
Bezirksamt. — Polizeidirektion C. D.-B. 5

Ostpreußenschau und Auktion
während der landwirtschaftlichen Woche
am 29. und 31. Januar und 1. Februar in Berlin
im **Zirkus Busch**
Sonntag, den 29. Januar, vormittags 10 Uhr: Interessentenvorschau
Dienstag, den 31. Januar, vormittags 9 1/2 Uhr: Prämierung
Mittwoch, den 1. Februar, 10 Uhr vormittags: Vorführung
Auktion
Landwirtschaftskammer für die Provinz Ostpreußen

Nehmen Sie bitte bei allen Einkäufen und Bestellungen Bezug auf die Anzeigen in der „Karlsruher Zeitung“

Vergebung von Balzararbeiten
Die Badische Wasser- und Straßendirektion in Karlsruhe vergibt gemäß Verordnung des Finanzministeriums über das Verdingungsverfahren vom 22. Juli 1922 in öffentlichem Wettbewerb die Ausführung der Balzararbeiten auf den badischen Landstraßen in 16 Losen. Die Bedingungenunterlagen können von uns gegen Voreinsendung des Betrages von 2 Mk bezogen werden. Angebote mit der Aufschrift „Balzararbeiten 1928“ sind bis längstens Freitag, den 10. Februar 1928, vormittags 10 Uhr, verschlossen und portofrei bei uns einzureichen, zu welchem Zeitpunkt die Öffnung der eingelaufenen Angebote stattfindet. M. 401
Zuschlagsfrist eine Woche.

Die Bekämpfung der Fastnachtsausfahrten.
Auf Grund der §§ 30, 59, 63 des Polizeistrafgesetzbuches und des § 360 Ziffer 11 Reichsstrafgesetzbuch wird zur Verhütung von Ausschreitungen zum Schutze des Publikums, sowie zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit folgende **Ordnung** für die Städte Karlsruhe und Durlach getroffen:
I. Öffentliche karnevalistische Umzüge bedürfen der vorherigen Erlaubnis der Polizeidirektion.
II. Für Fastnacht - Sonntag, Montag und Dienstag ist verboten:
a) das Tragen von Gesichtsmasken auf öffentlichen Straßen und Plätzen in den Städten Karlsruhe und Durlach,
b) das Gesicht bis zur Unkenntlichkeit zu bemalen oder zu vermicumen.
Die vorstehenden Verbote finden auf solche Umzüge der Karnevalgesellschaften, die polizeilich genehmigt sind, erst dann Anwendung, wenn sich dieselben aufgelöst haben.
Das Verbot bezieht sich nicht auf Kinder unter 14 Jahren.
III. Für die Zeit bis Ächermittwoch:
Das Konfettiverfen und das Werfen von Knallern auf öffentlichen Straßen und Plätzen, sowie in Wirtschaften wird untersagt.
Außerdem wird auf folgende Vorschriften, Anordnungen und Verbote besonders hingewiesen:
1. Geistliche Kleidung und Uniformen der Polizei, des Heeres und der Marine dürfen nicht getragen werden.
2. Beistellungen von Passanten, insbesondere weiß-

Badisches Landestheater
Freitag, 27. Januar 1928
* F 17 T. - Gem. 701 - 800
und 901 - 1000
Alkan oder: Die gelbe Rose
von Kornfeld
In Szene gesetzt von
Felix Baumbach
Frau Samson Fiegler
Erika Bertram
Schiroga Britter
Julius Schulz-Dreien
Bierfuß Höcker
Gräfin Ermarth
Schumpeter Gemmede
Kummer Brand
Katterer von der Trend
Alkan Müller
Wank Dalhen
Samson Kienischer
Anfang 20. Ende 22 1/2
I. Rang u. I. Sperrsitz 5 Mk
So. 28. Jan. Uraufführung:
Nera und Alte. So. 29. Jan.
Nachmittags: Nag u. Wörth.
Hierauf: Die Puppenfee.
Abends: Die Nacht des Schicksals.
Im Konzert: Zum
erstenmal: Der Heger.

COLOSSEUM
Waldstraße 16
Telephon 5599
Bis 1. Februar
täglich
Die große REVUE
Das lebende Magazin
Eröffnungstermin um 10
Uhr für die Rose I. u. II.
um 10 1/2 Uhr für die Rose
III. u. IV. um 11 Uhr für
die Rose V. u. VII.
Zuschlagsfrist, zugleich
Bindefrist des Bieters läuft
ab am 20. Februar 1928.
Lörrach, 24. Februar 1928.
Bezirks-Bauamt.